

Im Februar 2019 kam die Anfrage der AfD an die Geschäftsführung der Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH. Informiert waren nur OB Markurth (SPD), Finanzdezernent Geiger (CDU), die Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadthallen-GmbH Wendroth (CDU) und Bratmann (SPD) sowie der Geschäftsführer der Gesellschaft, Lemke.

Weder der Rat der Stadt Braunschweig noch die Öffentlichkeit wurden informiert.

Im August 2019, also ein halbes Jahr später, wurde heimlich der Vertrag mit der AfD abgeschlossen.

Innerhalb des vorangegangenen halben Jahres gab es drei Ratssitzungen. Dem Rat wurde von den Verhandlungen mit der AfD über die städtischen Räume nichts mitgeteilt, und auch der übrige Aufsichtsrat der Stadthallen-GmbH war mit Ausnahme der genannten Personen nicht informiert.

Die Angelegenheit wurde erst durch den Vorstoß seitens des VW-Betriebsrates, der die Verhüllung des VW-Logos „Volkswagenhalle Braunschweig“ von der Stadt gefordert hatte, bekannt

<https://braunschweig-spiegel.de/der-fall-stadt-braunschweig-afd-rosenbaum-nimmt-akteneinsicht/>

Auf Forderungen, den Vertrag mit der AfD rechtzeitig und aus gutem Grund zu kündigen, ließ Markurth wissen, an dem Vertrag sei nicht zu rütteln.

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article227385435/Stadt-Braunschweig-Am-Mietvertrag-mit-AfD-ist-nicht-zu-ruetteln.html>

Bei einer Kündigung des Mietvertrags müsste die Stadthallen-GmbH im Vergleich zur jetzigen Situation die für die Prozessführung anfallenden Gerichts- und Anwaltskosten im hohen vierstelligen Bereich (also maximal 9.999 Euro) tragen.

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article227634827/AfD-Parteitag-Braunschweiger-Rat-lehnt-Kuendigung-des-Vertrags-ab.html>

Zum Vergleich: Allein im Jahre 2015 wurden im Nachgang der Privatisierungsverträge zur Stadtreinigung mit dem ALBA-Konzern 9,6 Millionen € aus der Stadtkasse als Verlust gebucht, die als *"irreparabler Buchungsfehler"* deklariert wurden.

Die Stadthallen-GmbH erklärte, dass sie als öffentlich-rechtliches Unternehmen verpflichtet sei, allen rechtsstaatlichen, nicht verbotenen Parteien Räumlichkeiten zu vermieten.

<https://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Volkswagenhalle-AfD-Gegner-wollen-gegen-Parteitag-in-Braunschweig-protestieren>

Mehr als ein Dutzend anderer Städte fühlte sich jedoch keineswegs verpflichtet, „allen rechtsstaatlichen, nicht verbotenen Parteien Räumlichkeiten zu vermieten“. Sie hatten vorangegangene Parteitage von NPD und AfD in ihren Räumen verhindert. In Berlin hatte die AfD beispielsweise 100 Absagen zu Räumen für ihren 2019 geplanten Landesparteitag erhalten. Der Parteitag wurde daraufhin auf 2020 verschoben.

Die Berliner Senatssprecherin Claudia Sünder stellte klar, „dass weder der Regierende Bürgermeister alleroberster Saalvermieter in Berlin ist noch die Senatskanzlei die Organisationszentrale der AfD“. Sie fügte hinzu: „Anzunehmen, dass die Senatskanzlei dafür

zuständig ist, Räumlichkeiten für Veranstaltungen für Parteien zur Verfügung zu stellen, ist einigermaßen absurd. Das betrifft Anfragen der Koalition genauso wie der Opposition.“

<https://www.rnd.de/politik/mehr-als-100-saal-absagen-berliner-afd-verschiebt-parteitag-auf-nachstes-jahr-NRPNRKS62RH4BIV3JPSCDG2DDA.html>

Das „Bündnis gegen Rechts“ hatte Übernachtungsmöglichkeiten für die Teilnehmer der Demonstrationen gesucht. Die Stadt Braunschweig stellte jedoch keine Turnhallen für Anti-AfD-Demonstranten unter anderem wegen behaupteter Sicherheitsbedenken zur Verfügung.

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article227693027/Stadt-Braunschweig-Keine-Turnhallen-fuer-Anti-AfD-Demonstranten.html>

Der Chef des Braunschweiger CDU-Landesverbandes, Oesterhelweg, distanzierte sich von den Demonstranten verschärfend wie folgt: „Ich marschiere aber nicht mit Kommunisten bei einer Demo. Auch nicht, um gegen Nazis zu protestieren.“

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/mitreden/antworten/article227404255/CDULandeschef->

[In-der-politischen-Mitte-wird-gekuscht.html](https://www.braunschweiger-zeitung.de/mitreden/antworten/article227404255/CDULandeschef-In-der-politischen-Mitte-wird-gekuscht.html)

In dieser eindeutig gegen die Demonstranten vorgespantten Situation erklärte ausgerechnet der Vorsitzende der SPD Braunschweig, Pantazis: „Aus leider handfesten, juristischen Gründen ist es für die Verwaltung nicht möglich, Räumlichkeiten in städtischem Besitz zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist die Zivilgesellschaft nun in der Pflicht“.

<https://www.news38.de/braunschweig/article227057221/AfD-Bundesparteitag-Braunschweig-Verkehrschao-Erste-Strassen-abgeriegelt.html>

Die Absicht war klar erkennbar: Erst die Demonstranten als Sicherheitsrisiko einstufen und Übernachtungsmöglichkeiten verweigern und dann die Zivilgesellschaft „in die Pflicht zu nehmen“ in der Hoffnung, dass kaum jemand das behauptete Sicherheitsrisiko tragen möge.

Passend und ergänzend kam dann noch eine krasse Einschränkung des Demonstrationsrechts bei der Anfangskundgebung hinzu.

<https://braunschweig-spiegel.de/krasse-einschraenkung-des-demonstrationsrechts-bei-der-anfangskundgebung/>

Den Demonstranten wurden regelrecht „Steine in den Weg gelegt.“

<https://buendnisgegenrechts.net/2019/11/22/versammlungsbehoerde-legt-steine-in-den-weg/>

So war es verboten, landwirtschaftliche Maschinen (Gerücht: Das Wendland soll mobilisiert haben) mitzuführen und die Bühne durfte nicht größer als 3x3 Meter sein, weil von ihr eine Gefahr ausgehen könnte, indem demolierte Teile als Waffen genutzt werden könnten.

<https://braunschweig-spiegel.de/aufgaben-werden-noch-haerter-zur-demonstration-gegen-die-afd/>

Auf den Punkt gebracht titelte die Zeitschrift Neues-Deutschland über Braunschweig: „Protest unerwünscht“ und „Behörden in Braunschweig drangsalieren AfD-Gegner“

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1129248.afd-bundesparteitag-protest-unerwuenscht.html>

Bei den Demonstrationen war eine Beteiligung von CDU und FDP nicht erkennbar. Ursache war möglicherweise die Rücksicht auf einen zukünftigen Koalitionspartner.

Gauland (AfD): „Wenn Grüne, Rote und Dunkelrote zusammengehen, dann wird eine geschwächte CDU nur noch eine Option haben: uns!“

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-wirbt-fuer-zukuenftige-koalitionen-mit-der-cdu-16511808.html>

Es bleibt nun dem geneigten Leser überlassen zu beurteilen, ob und wie weit man in der Braunschweiger Politik und Verwaltung unter der Führung der SPD mittlerweile nach rechts gerückt ist.